

Antrag GS-05**AfA Bezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Nichtärztliche Gesundheitsberufe aufwerten**

1 Der SPD-Bezirk Hannover fordert, dass der SPD-
2 Bezirksvorstand sich auf Landes- und Bundesebe-
3 ne – insbesondere gegenüber den SPD-Landtags-
4 und Bundestagsfraktionen – dafür einsetzt, dass
5 nichtärztliche Gesundheitsberufe politisch und ge-
6 sellschaftlich aufzuwerten. Ziel ist es, durch kon-
7 krete Maßnahmen wie faire Bezahlung, tarifliche
8 Absicherung, bessere Arbeitsbedingungen, Mitbe-
9 stimmung und Schutzrechte die Attraktivität und
10 Zukunftsfähigkeit dieser systemrelevanten Berufs-
11 gruppen zu sichern und ihre gesellschaftliche Aner-
12 kennung nachhaltig zu stärken.

13 Der SPD-Bezirk Hannover fordert die SPD-
14 Bundestagsfraktion sowie die SPD in Bund und
15 Land dazu auf, sich bei der Umsetzung des Ko-
16 alitionsvertrags und darüber hinaus für eine
17 nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingun-
18 gen, der Entlohnung und der gesellschaftlichen
19 Anerkennung nichtärztlicher Gesundheitsberufe
20 einzusetzen. Die Forderungen des Verbandes me-
21 dizinischer Fachberufe e.V. (vmf) vom 20. Juni 2025
22 sind hierbei inhaltlich zu berücksichtigen. Konkret
23 fordern wir:

24 1. Arbeits- und Lebensrealitäten ernst nehmen:

25 Der Alltag von Medizinischen, Zahnmedizinischen,
26 Tiermedizinischen Fachangestellten und Zahntech-
27 niker: innen ist geprägt von Mehrfachbelastung
28 – durch Beruf, Familie und Sorgearbeit. Politi-
29 sche Maßnahmen zur Fachkräftesicherung müssen
30 an der realen Lebenssituation dieser überwiegend
31 weiblich besetzten Berufe ansetzen – durch verläss-
32 liche Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, plan-
33 bare Dienste und bezahlbaren Wohnraum in Praxis-
34 nähe.

35 **2. Tarifbindung und faire Löhne garantieren:** Die
36 Entlohnung vieler Fachkräfte im ambulanten Ge-
37 sundheitswesen liegt nur knapp über dem Mindest-
38 lohn, trotz anspruchsvoller Ausbildung und hoher
39 Verantwortung. Wir fordern:

- 40 • flächendeckende, verbindliche Tarifverträge,
- 41 • eine spürbare Abgrenzung vom gesetzlichen
- 42 Mindestlohn,
- 43 • Branchenmindestlöhne mit staatlicher Ge-
- 44 genfinanzierung analog zum Pflegebereich.

45 **3. Berufliche Mitsprache stärken:** Berufsgruppen
46 wie MFA, ZFA, TFA und Zahntechniker: innen müssen
47 strukturell in politische Entscheidungsprozesse ein-
48 bezogen werden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass
49 ihre Berufsvertretungen Sitz und Stimme in Kom-
50 missionen, Modellprojekten und Anhörungen erhal-
51 ten.

52 **4. Rechts- und Gewaltschutz ausweiten:** Beschäf-
53 tigte in diesen Berufen erleben zunehmend Gewalt
54 und Übergriffe. Der strafrechtliche Schutz ist auszu-
55 weiten, systematische Prävention zu fördern und Ar-
56 beitgeber: innen in der Schutzverantwortung klarer
57 in die Pflicht zu nehmen.

58 **5. Ehrenamtliche Arbeit besser anerkennen:** Ehren-
59 amtliche leisten einen wichtigen Beitrag zur Berufs-
60 bildung, Prüfungsorganisation und zur Arbeit in Be-
61 rufsverbänden. Die Anhebung der Ehrenamts-pau-
62 schale war ein erster Schritt – darüber hinaus soll
63 geprüft werden, wie langjähriges Engagement ren-
64 tenrechtlich besser anerkannt werden kann.

65

66 **Begründung**

67 Nichtärztliche Gesundheitsfachberufe wie Medi-
68 zinische, Zahnmedizinische und Tiermedizinische
69 Fachangestellte sowie Zahntechniker: innen sind
70 systemrelevant – in Arzt- und Zahnarztpraxen, La-
71 boren, Kliniken und tierärztlichen Einrichtungen.
72 Trotzdem werden sie politisch und gesellschaftlich
73 oft nicht ausreichend wahrgenommen. Sie arbei-
74 ten unter schwierigen Bedingungen: geringe Löhne,
75 fehlende Tarifbindung, Personalmangel, psychische
76 und physische Belastung, zunehmende Gewalt im
77 Berufsalltag.

78 Der Verband medizinischer Fachberufe e.V. (vmf)
79 hebt in seiner Stellungnahme vom 20. Juni 2025 her-
80 vor, dass der aktuelle Koalitionsvertrag zwar „zahl-
81 reiche Vorhaben“ enthalte, diese aber in der
82 Umsetzung „hinter den Erwartungen zurückblei-
83 ben“. Der vmf stellt klar: „Fachkräftesicherung ge-
84 lingt nur, wenn die Politik Maßnahmen umsetzt,
85 die Lebenswirklichkeit der Beschäftigten ernst neh-
86 men.“

87 Die Löhne vieler Fachkräfte liegen noch immer na-
88 he am Mindestlohn, obwohl sie nach einer dreijäh-
89 rigen Ausbildung täglich große Verantwortung tra-
90 gen. „Eine Vergütung knapp über Mindestlohn ist
91 dieser Qualifikation nicht angemessen und würde
92 weiterhin trotz Vollzeitarbeit zu Altersarmut füh-
93 ren.“ (vmf)

94 Zudem bleibt politische Teilhabe oft auf ärztliche
95 und pflegerische Akteure beschränkt. Der vmf for-
96 dert zurecht: „Die Einbindung der Berufsvertretung
97 der MFA, TFA, ZFA und Zahntechniker: innen in poli-
98 tische Entscheidungsprozesse [...] bleibt zentral.“
99 Ein weiteres Problem ist die zunehmende Ge-
100 walt gegenüber Angestellten im Gesundheitswe-
101 sen. „Gewalt gegen MFA, TFA, ZFA und alle anderen
102 Gesundheitsberufe ist real und fordert systemati-
103 sche Prävention und strafrechtlichen Schutz.“ (vmf)
104 Auch das Ehrenamt verdient stärkere politische An-
105 erkennung. Der vmf schlägt vor: „Ein zweiter gu-
106 ter Schritt wäre, über ein jahrzehntelanges nach-
107 weislich ehrenamtliches Engagement einen Renten-
108 punkt zu vergeben.“
109 Diese Forderungen stimmen mit den arbeits- und
110 sozialpolitischen Zielen der AfA überein. Sie zeigen:
111 Gute Arbeit in den Gesundheitsberufen braucht
112 konkrete politische Maßnahmen. Die SPD muss jetzt
113 handeln – für soziale Gerechtigkeit, sichere Gesund-
114 heitsversorgung und die Anerkennung dieser zen-
115 tralen Berufsgruppen.